

26

84

Union in Deutschland

Bonn, den 6. September 1984

Großer Erfolg für die
Regierung Helmut Kohl

Niedrigste Preissteigerungsrate seit 1969

Erstmals seit 16 Jahren ist die Inflationsrate wieder unter die 2-Prozent-Marke gerutscht. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte liegt im August 1984 nur noch um 1,7% über dem des Vorjahres. Die Mark ist wieder so stabil wie zu Ludwig Erhards Zeiten. Damit hat die Bundesregierung nach nur knapp 2jähriger Amtszeit die Preisstabilität wieder erreicht, die die SPD in 13 Jahren verspielt hat. 1974 lag die Inflationsrate bei 6,9%, 1982 noch bei 5,6%.

Dieser Erfolg erfüllt die Bundesregierung mit Stolz; zu Recht, denn nur wenige Länder können mit einer so geringfügigen Preissteigerungsrate aufwarten, wozu Bundesbankpräsident Pöhl lobend anerkennt: „Seit einigen Monaten haben wir eine Entwicklung, die man auch bei Anlegen ehrgeiziger Maßstäbe als Preisstabilität bezeichnen kann.“

Dieses positive wirtschaftliche Ergebnis ist nicht zufällig entstanden. Es beginnt sich auszuzahlen, daß in den vergangenen zwei Jahren von seiten des Staates gespart worden ist. Die Opfer, die allen Bürgern zur

(Fortsetzung auf Seite 2)

**In dieser Ausgabe
lesen Sie:**

■ PARTEI

Helmut Kohl vor dem Bundesvorstand: Unsere Erfolgsbilanz ist unübersehbar Seite 3

■ ENTBÜROKRATISIERUNG

Schon über 1000 Vorschläge Seite 5

■ OPPOSITION

Heiner Geißler: SPD im Schlepptau der antidemokratischen Grünen Seite 9

■ NRW-WAHLKAMPF

Gerhard Stoltenberg: NRW ist ein Paradebeispiel für sozialdemokratische Mißwirtschaft Seite 11

■ DEUTSCHLAND-POLITIK

Phillip Jenninger: Gründe für Honeckers Absage nicht akzeptabel Seite 13

■ FLUGBLATT

Politik für eine gesunde Umwelt Seite 15

■ DOKUMENTATION

Musterrede grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Überwindung der Krise von Wirtschaft und Finanzen abverlangt werden mußten, waren nicht vergeblich. Neben der „optimalen Kombination von konsequent betrieblicher fiskalischer Konsolidierungspolitik, flexibler Geldpolitik und systematischer Strukturanpassung“ (Zitat des Direktors des internationalen Währungsfonds) waren die moderaten Tarifabschlüsse des vergangenen Jahres von nicht unbedeutendem Einfluß. Es zeigt sich wieder einmal mehr, daß die Zurückhaltung bei den Lohnabschlüssen sich positiv auf die reale Kaufkraft der Arbeitnehmer auswirkt. Zu Beginn der 70er Jahre lagen die Lohnabschlüsse weit höher als heute, aber Inflationsraten von 6 bis 7% fraßen die Einkommenszuwächse auf. Unter dem Strich blieb in vielen Fällen nichts übrig, insbesondere für Arbeitnehmerfamilien mit Kindern.

Die Regierung Helmut Kohl hat dafür gesorgt, daß die Kaufkraft der Einkommen aller, insbesondere der Arbeitnehmer, der Rentner und der Familien, nicht mehr einem fortschreitenden Verfall ausgesetzt ist. Sie alle können wieder mehr kaufen. Wenn Preise nicht mehr um 6%, sondern nur noch um 2% steigen, wirkt sich diese Stabilität wie eine „saftige Lohnerhöhung“ aus.

Stabile Preise sind auch eine wichtige Voraussetzung zur Überwindung der Arbeitslosigkeit. Die Absatzchancen deutscher Waren im In- und Ausland steigen, die Produktion wird angekurbelt, der Aufschwung verlängert sich. Damit steigen die Chancen zu einer weiteren Verringerung der Arbeitslosigkeit.

Die Erfolge der Regierung Helmut Kohl beweisen wieder einmal: eine gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik. Für die weitere Arbeit der Regierung gilt: Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik bleiben auf einem klaren vorhersehbaren

Kurs. Denn nur gesunde Staatsfinanzen und ein stabiler Geldwert schaffen die Basis für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit. (siehe auf Flugblatt S. 14)

Wallmann rechnet wieder mit absoluter Mehrheit

Der Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann rechnet 1985 mit seiner Wiederwahl und einer erneuten absoluten Mehrheit für die CDU im Frankfurter Stadtparlament. Wallmann, der auch hessischer CDU-Landesvorsitzender ist, sagte in Fulda, die „schwierige Lage“ der Frankfurter SPD habe sich auch mit der angekündigten Kandidatur des stellvertretenden SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Volker Hauff für den OB-Sessel nicht geändert. Demgegenüber sei die CDU „mit großem Erfolg“ dem Ruf Frankfurts als unregierbare Stadt entgegengetreten. Er sei sicher, daß der Bürger diese Leistungen honoriert werden werde.

„Schlag gegen die innere Sicherheit“

Als „Schlag gegen die innere Sicherheit“ hat die CDU/CSU den SPD-Entwurf zur Änderung des Anti-Terrorismusgesetzes strikt abgelehnt. Mit dem Vorschlag, das Tatbestandsmerkmal des „Werbens“ für eine terroristische Vereinigung zu streichen, sei die SPD dabei, ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung des Terrorismus zu entschärfen, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Karl Miltner. Miltner nannte den Vorschlag unverantwortlich, denn nach wie vor stelle der Terrorismus von links und rechts eine schwere Gefährdung für den Rechtsfrieden dar. Es gebe keinerlei gerechtfertigten Grund, den Helfern und Helfershelfern des Terrorismus entgegenzukommen. Die CDU/CSU-Fraktion forderte die SPD auf, ihre Vorlage zurückzuziehen.

■ BUNDESVORSTAND

Helmut Kohl: Unsere Erfolgsbilanz ist unübersehbar

„Die Regierung der Mitte hat die in der Koalitionsvereinbarung verabredeten politischen Vorhaben zügig abgewickelt und zum Teil bereits früher verwirklicht als dies der Zeitplan vorsah. Wir waren erfolgreicher als viele von uns vor knapp zwei Jahren zu hoffen wagten.“ Das erklärte der Vorsitzende der CDU, Bundeskanzler Helmut Kohl, am Montag, 3. September 1984, vor dem CDU-Bundesvorstand in Bonn.

Noch nie seien die Beziehungen zu den wichtigsten Verbündeten der Bundesrepublik Deutschland, vor allem zu den Vereinigten Staaten und zu Frankreich, so umfassend und intensiv gewesen, wie gerade jetzt. In der Europäischen Gemeinschaft ist nach den Worten von Helmut Kohl trotz anfänglicher Meinungsverschiedenheiten eine tragfähige Einigung erzielt worden. Er kündigte an, daß im Verlauf des Winters neue Schritte zur politischen Integration unternommen werden sollen.

Trotz propagandistischer Angriffe aus Moskau entwickelten sich die Beziehungen zur Sowjetunion normal. „Wir wollen gute Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Paktes und uns nicht von Schlagzeilen beeindrucken lassen“, sagte Helmut Kohl.

Die von manchen Beobachtern vorhergesagte Eiszeit in den Ost-West-Beziehungen sei nicht eingetreten. Dies gelte auch für das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten. Daß innerhalb von fünf Monaten rund 35000 Landsleute aus der DDR in die Bundesrepublik übersiedeln

konnten, sei ein großer Erfolg, der von der CDU betriebenen Deutschlandpolitik der Vernunft.

Nachdrücklich verwies der CDU-Vorsitzende auf die unbestreitbaren Erfolge im Bereich der Wirtschaftspolitik. Die Inflationsrate sei auf unter 2 Prozent gesunken, der Staatshaushalt saniert, die Neuverschuldung halbiert worden. Das Wirtschaftswachstum werde in diesem Jahr real 2,5 Prozent erreichen, die deutsche Volkswirtschaft sei aus den roten Zahlen heraus und könne für die kommenden Jahre wieder mit einer positiven konjunkturellen Entwicklung rechnen. Diese Werte könnten nach den Worten des CDU-Vorsitzenden noch besser sein, wenn die positive Entwicklung nicht durch die Streiks im Druckgewerbe und in der Metallindustrie behindert worden wäre.

Umweltprobleme stehen im Mittelpunkt

Der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, berichtete dem Bundesvorstand über die Arbeitsplanung der CDU für die nächsten Monate. Ein wichtiger Stellenwert in der politischen Arbeit werde die Frage sein, wie auch in der Zukunft notwendiges wirtschaftliches Wachstum und technischer Fortschritt mit der Erhaltung unserer natürlichen Umwelt vereinbar gemacht werden können. Auf diesem Felde werde die entscheidende politische Auseinandersetzung mit den Grünen und den Sozialdemokraten stattfinden, deren Politik auf eine grundsätzliche Änderung unserer sozialen und wirtschaftlichen Ordnung hinauslaufe, die Wettbewerbsfähig-

keit unserer Wirtschaft schwäche und zur Vernichtung von Arbeitsplätzen führe. Ein Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch am 16. Oktober 1984 sowie ein Fachkongreß am 13. November 1984, ebenfalls im Konrad-Adenauer-Haus, werden sich diesen Problemen widmen. Ein weiterer Fachkongreß ist zum Thema „Arbeit und Umwelt“ für den Februar 1985 geplant.

Der Bundesvorstand berief den 33. Bundesparteitag der CDU für den 20. bis 22. März 1985 nach Essen ein.

Verhängnisvolle Entwicklung in Hessen

Der Bundesvorstand erörterte die politische Lage in Hessen. Er sieht in dem Pakt zwischen Grünen und der SPD eine verhängnisvolle Entwicklung für die rechtsstaatliche Ordnung und für die Soziale Marktwirtschaft. Die Wähler sind aufgefordert, die von führenden Sozialdemokraten geplante Übernahme des hessischen Modells in Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und in Berlin durch ihr Votum zu verhindern, da sonst negative Auswirkungen auf die Sicherheit der Arbeitsplätze und die wirtschaftliche Entwicklung drohen. Der SPD warf Heiner Geißler vor, sich in das Schlepptau der Grünen begeben zu haben. Die Politik der Grünen sei auf die Zerstörung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland ausgerichtet. Sie seien in ihrer Grundhaltung antiparlamentarisch und nach wie vor nicht bereit, der Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele eine eindeutige Absage zu erteilen. Der Landesvorsitzende der hessischen CDU, der Frankfurter Oberbürgermeister Dr. Walter Wallmann, warf der SPD vor, zum Erfüllungsgehilfen der Grünen verkümmert zu sein. In Hessen werde der Vollzug grüner Forderungen auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen. Als Beispiele nannte er die Ausländerpolitik, das Personalvertretungsrecht und die Energiepolitik.

Der Chef ist wieder da

Kaum zurück aus dem Urlaub, sprach der Kanzler ein öffentliches Machtwort. Vor der Presse in Bonn legte er die tatsächliche Lage der Nation dar — souverän, offenerherzig, kritisch. Nach den Hahnenkämpfen und dem allgemeinen Hühnerhohengegacker einiger Bonner Stallwächter während der Sommerpause war dieses Kanzlerwort am Platze und vonnöten. Kohls Selbstbewußtsein, seine Gelassenheit, der Mut zur Kritik sowie die unzuweideutige Deutlichkeit mancher Worte — dies alles offenbarte: Der Chef ist wieder da und er bringt den Laden auf Zug.

(Westfälische Nachrichten, 1. 9. 1984)

Die Außen- und Deutschlandpolitik kann sich vor aller Welt sehen lassen. Finanzen und Steuern sind so geregelt, daß sie mittel- und langfristig den Arbeitsmarkt verbessern.

(Kölnische Rundschau, 1. 9. 1984)

Ich bin optimistisch, daß wir die Zahl von 700 000 Lehrstellen des vergangenen Jahres noch einmal erhöhen können. Ich darf auch von hier aus den Aufruf an alle Bereiche, Handwerk, Handel, Einzelhandel, freie Berufe, Wirtschaft im weitesten Sinne des Wortes, Unternehmer wie Gewerkschaftsvertreter, vor allem Betriebsräte richten, uns bei diesem Bemühen zu unterstützen. Das ist eine der wichtigsten Erfordernisse unserer Zeit. Die Bundesregierung selbst hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten das Notwendige getan.

Bundeskanzler Helmut Kohl vor der Presse in Bonn

„Niemand kann vernünftigerweise erwarten, daß alle Probleme auf einen Schlag gelöst werden.“

Helmut Kohl

■ ENTBÜROKRATISIERUNG

Starkes Echo in der Öffentlichkeit: Schon über 1 000 Vorschläge

Ein moderner Staat und eine bürger-nahe Verwaltung brauchen gesetzliche Normen. Es muß jedoch ständig überprüft werden, ob bestimmte Vorschriften nicht vereinfacht oder ganz abgeschafft werden können. Die Bundesregierung unter Führung von Helmut Kohl hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Bürger von überflüssigen oder vermeidbaren bürokratischen Vorschriften zu befreien.

Überflüssige Bürokratievorschriften engen den Freiheitsraum des Bürgers ein, lähmen notwendige Initiativen. Dies gilt in besonderer Weise für die Wirtschaft, deren Investitionskraft im Interesse von uns allen zur wirkungsvollen Entfaltung kommen soll, stellt Parlamentarischer Staatssekretär Horst Waffenschmidt fest.

1. Über 1 000 Vorschläge an die Unabhängige Kommission

Die Arbeit der Unabhängigen Kommission für Recht- und Verwaltungsvereinfachung des Bundes hat sehr viele Initiativen bei Bürgern, Verbänden und Behörden ausgelöst. Bis Juli 1984 sind über 1 000 Vorschläge bei der Unabhängigen Kommission eingegangen. Dieses starke Echo ist Beweis für die Notwendigkeit des Vorhabens der Bundesregierung und die gefundene breite Zustimmung.

Die Auswertung wird im Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien zügig vorangetrieben. Einige Anregungen wurden bereits in der von der Bundesregierung beschlossenen Verordnung zur Statistikbereinigung, in dem im Bundestag eingebrachten Gesetzentwurf zur Bereinigung

des Verwaltungsverfahrensrechts sowie bei den laufenden Arbeiten zur Neuordnung des Baurechts berücksichtigt. Andere Vorschläge werden Eingang in ein Sammelgesetz zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung finden, das noch in diesem Jahr dem Bundeskabinett vorgelegt werden soll.

2. Vereinfachung des Verwaltungsverfahrens

Die Vereinfachung und Vereinheitlichung des Verwaltungsrechtsverfahrens ist ein zentrales Anliegen bei den Bemühungen um Entbürokratisierung. Hier sieht die Unabhängige Kommission einen Schwerpunkt ihrer Arbeit.

Mit dem Entwurf eines 1. Gesetzes zur Bereinigung des Verwaltungsverfahrensrechts schlägt jetzt die Bundesregierung die Aufhebung bzw. Änderung von 136 Gesetzesvorschriften und 55 Vorschriften in Rechtsverordnungen vor. Der Entwerfer des Bundesministeriums des Innern erstellte Gesetzentwurf wurde inzwischen im Bundestag eingebracht.

Die Unabhängige Kommission hat weitere Vorschläge — insbesondere zum Fragenkomplex Entscheidungsspielräume der Verwaltung — diskutiert. Sie befassen sich u. a. mit dem Ausmaß der Einwirkung der Verwaltungsgerichte auf das Verwaltungshandeln.

Folgendes Problem stellt sich hier: Lassen die Gesetze der Verwaltung viel Spielraum, wird die Rechtsprechung sie u. U. für zu unbestimmt halten und selbst ausfüllen; lassen Gesetze wenig Spielraum, besteht die Gefahr, daß sie über ihre Kontrollfunktion hinaus selbst Funktionen der Verwaltung übernimmt.

In engem Kontakt mit den zuständigen Bundesministerien will die Unabhängige Kommission bei ihren weiteren Beratungen über die Thematik u. a. Änderungsvorschläge zur Verwaltungsgerichtsordnung prüfen. Bei allen diesen Überlegungen muß die Rechtsschutzgewährleistung des Art. 19 Abs. 4 GG beachtet werden.

3. Vereinfachung des Wirtschaftsrechts

Nach Beratungen mit der Unabhängigen Kommission hat der Bundesminister für Wirtschaft als einen ersten Beitrag zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung auf seinem Gebiet den Entwurf eines Gesetzes zur Bereinigung wirtschaftsrechtlicher Vorschriften vorgelegt. Dieser Entwurf sieht u. a. vor:

- Abschaffung bestimmter Meldepflichten im Bereich des Energierechts (Kapazitäten für Erdölraffinerien und -rohrleitungen bzw. Belegschaftsplanung der Bergbauunternehmen);
- Abschaffung des Kartellregisters und des Registers für Wettbewerbsregeln;
- Verzicht auf Aufsichts- und Mitwirkungsfunktionen nach der Wirtschaftsprüfungsordnung.

Die Vorlage wurde inzwischen vom Bundeskabinett verabschiedet und bereits vom Bundesrat im ersten Durchgang behandelt.

4. Verzicht auf Tausende von Fragebogen in der amtlichen Statistik

Die Unabhängige Kommission hat mehrere Initiativen zur Statistikbereinigung beraten und in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Innern für das Gesetzgebungsverfahren vorgeschlagen. Erstes Ergebnis dieser Bemühungen ist die Statistikbereinigungsverordnung, die inzwischen vom Bundeskabinett und Bundesrat endgültig verabschiedet wurde.

Schwerpunkt dieser Verordnung sind: Verzicht auf die Textilstatistik und die Material- und Wareneingangserhebung im

Baugewerbe, Einschränkung der Statistiken der Personenbeförderung, Verringerung der Häufigkeit der Statistiken in der Handelsvermittlung und im Gaststättengewerbe sowie in der Abfallbeseitigung, der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.

Allein durch diese Verordnung wird eine drastische Entlastung Tausender Unternehmen und Betriebe von monatlichen vierteljährlichen und jährlichen statistischen Meldepflichten erreicht. Ein Statistikbereinigungsgesetz, das weitere Bereinigungen vorsieht, wird vorbereitet.

Bei allen Bemühungen um Statistikbereinigung muß im übrigen dem Volkszählungsgesetzurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983 Rechnung getragen werden. Danach ist bei statistischen Rechtsvorschriften künftig verstärkt auf die Anwendung bürgerfreundlicher Erhebungsmethoden zu achten. Es dürfen grundsätzlich nur solche Verfahren angewendet werden, die zur geringstmöglichen Belastung des Bürgers führen.

5. Neues Baugesetzbuch noch in dieser Wahlperiode

Die Unabhängige Kommission hat in mehreren Sitzungen gemeinsam mit Vertretern des Bauministeriums Möglichkeiten zur Vereinfachung des Baurechts erörtert. Es wurde gefordert, den Entwurf des geplanten neuen Baugesetzbuchs noch 1985 vorzulegen. Dies hat das Bundeskabinett inzwischen auch beschlossen. Zahlreiche Vorschläge, die von Bürgern und Behörden an die Kommission herangetragen wurden und Anregungen für das neue Baugesetzbuch enthalten, fließen in die laufenden Arbeiten ein.

6. Artikelgesetz 1984 zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Die Unabhängige Kommission hat vorgeschlagen, entscheidungsreife Initiativen zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung aus den einzelnen Ressorts in einem Artikelgesetz zusammenzufassen

und möglichst bald ins Gesetzgebungsverfahren zu geben. Unter Federführung des Bundesministeriums des Innern wurde dieser Vorschlag inzwischen aufgegriffen. Zur Zeit werden die Beiträge von den einzelnen Bundesressorts gesammelt. Sie reichen von der Vereinfachung der öffentlichen Bestellung und Verteidigung von Sachverständigen bis zur Aufhebung von Vorschriften im Gesetz über das Branntweinmonopol und betreffen zahlreiche Lebensgebiete, in denen die Bürger mit guter Begründung die Aufhebung von Vorschriften fordern. Das Artikelgesetz 1984 zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung soll dem Bundeskabinett im Herbst zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

7. Vorschläge für bürgernahe Formulare

In den Eingaben der Bürger an die Unabhängige Kommission wird immer wieder gefordert, Formulare der Verwaltung einfacher zu gestalten und eine bürgernahe Verwaltungssprache zu benutzen.

Die Unabhängige Kommission hat diese Vorschläge aufgegriffen und unterstützt. Inzwischen ist folgendes geschehen: Es ist ein Merkblatt zur formalen und inhaltlichen Vordruckgestaltung herausgegeben worden. Es gibt allen Verwaltungsangehörigen, die mit der Entwicklung von Vordrucken zu tun haben, Hinweise und Beispiele zur Gestaltung bürgernaher Vordrucke an die Hand.

8. Initiativen für bürgernahe Verwaltungssprache

Ferner wurde ein Merkblatt erarbeitet, das Empfehlungen für eine bürgernahe Verwaltungssprache enthält. Es wendet sich an alle, die Verwaltungstexte entwerfen, schreiben oder unterschreiben.

9. Nächste Initiativen der Unabhängigen Kommission

a) Nach einer ersten Beratung in der Unabhängigen Kommission wird z. Z. eine

größere Zahl von Maßnahmen zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung im Bereich des Bundesverkehrsministers eingeleitet.

b) Mischfinanzierungen durch Bund, Länder und Kommunen gehen fast immer einher mit Mischplanung und Mischentscheidung. Sie führen wegen der notwendigen Abstimmungen zur Mehrfachbürokratie, verursachen erheblichen Verwaltungsaufwand und stehen der notwendigen Transparenz der Verwaltungsabläufe und der Verantwortung oft im Wege. Die Unabhängige Kommission hat sich daher auch mit diesem Komplex befaßt. Bei den Bemühungen im September und Oktober sollen Vertreter der Bundesministerien und des Bundesrechnungshofes dazu gehört werden.

c) Die Unabhängige Kommission hat in einer ersten Beratung Initiativen diskutiert, die zum Ziel haben, bei der Ausführung von Bundesrecht durch die Länder diesen weitestgehend auch die Festlegung der Behördenzuständigkeit zu überlassen. Es kann dann, auch im Interesse der Erleichterung des Verkehrs der Bürger mit den Behörden, den besonderen Gegebenheiten des jeweiligen Landes besser Rechnung getragen werden.

10. Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft

Die Unabhängige Kommission hat erste Beratungen mit den zuständigen Stellen der Kommission der Europäischen Gemeinschaft über Aufgaben der Rechts- und Verwaltungsvereinfachung geführt. Dabei wurde das zentrale Anliegen der Unabhängigen Kommission deutlich gemacht, auch auf europäischer Ebene Initiativen zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung zu ergreifen und beim Erlaß neuer Vorschriften strenge Maßstäbe zur Entbürokratisierung anzulegen. Diese Forderung wurde anhand von Beispielen aus mehreren EG-Richtlinien verdeutlicht. Die Vertreter der EG verwiesen auf erste Initiativen zur Entbürokratisierung in ihrem Bereich.

■ ARBEITSMARKT

Optimismus für die nahe Zukunft

Auch die Arbeitsmarktentwicklung im Ferienmonat August 1984 brachte — erwartungsgemäß — noch keine Wende zum Besseren. Der faktische „Stillstand“ im Vergleich zum Vormonat läßt jedoch darauf schließen, daß die arbeitsmarktpolitisch negativen Einflüsse des Streiks in der Metall- und Druckindustrie allmählich abklingen.

Verschiedene Hinweise aus der Wirtschaft geben zu der Hoffnung Anlaß, daß sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt im September deutlich verbessern und damit erstmals wieder an jenen positiven Trend anknüpfen wird, der sich bis zum Streik monatelang abgezeichnet hatte. Diese positive Erwartung wird auch dadurch gestützt, daß die Kurzarbeiterzahlen im August weiter drastisch abgebaut und im Vergleich sogar nahezu halbiert worden sind.

Für eine Bewertung der aktuellen Lage sind folgende Tatbestände und Entwicklungen wichtig:

- Die Zahl der offenen Stellen steigt wieder.
- Der starke Rückgang der Zahl der Beschäftigten der zurückliegenden Jahre ist überwunden.

Insgesamt ist die bisherige beschäftigungspolitische Bilanz der Regierung Kohl erfolgreich. Wenn man berücksichtigt, daß die Zahl der Arbeitslosen von 1 288 923 im August 1981 um über 500 000 bis August 1982 auf 1 797 100 und dann im

Folgejahr nochmals um 400 000 auf 2 196 220 im August 1983 gestiegen war, sieht man die Wende zum Positiven deutlich.

Die von der SPD in die Welt gesetzte Horrorprognose von drei Millionen Arbeitslosen wird nicht Realität. Leider muß aber noch im nächsten Jahr mit einer Arbeitslosigkeit etwa in der heutigen Größenordnung gerechnet werden. Dies ist natürlich immer noch Folge der „Erblast“ der abgelösten SPD-Regierung. Beschäftigungspolitisch hat die christlich-liberale Koalition den rapiden Anstieg der Massenarbeitslosigkeit nicht nur gebremst, sondern auch gute Voraussetzungen für dauerhafte Erhaltung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze geschaffen. Wir können nämlich nach der Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis 1988 nicht nur mit einem BSP-Wachstum von jährlich 2,5 Prozent rechnen, sondern auch mit einer Zunahme der Beschäftigungszahlen von jährlich einem halben Prozent. Dies ist eine gute Perspektive, nachdem als Folge der Mißwirtschaft der SPD zwischen 1980 und 1983 über eine Million Arbeitsplätze vernichtet wurden.

Die Regierungskoalition hat wichtige Verbesserungen für Familien in Angriff genommen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind:

- Die Altersgrenzen sollen für den kostenlosen Krankenversicherungsschutz schnellstmöglich für arbeitslose Kinder von 19 auf 23 Jahre angehoben werden, für den Kindergeldanspruch ab 1. Januar 1985 von 18 auf 21 Jahre.

— Im Zuge der Verbesserung des Familienlastenausgleichs ab 1986 ist für Arbeitslose, die keine Lohn- und Einkommensteuer zahlen, je Kind ein Kindergeldzuschuß von 45,— DM monatlich vorgesehen.

OPPOSITION

Heiner Geißler: SPD im Schlepptau der „antidemokratischen“ Grünen

Die CDU sieht in den Grünen die politische Kraft, die mittlerweile in Bonn „die führende Rolle in der Oppositionspolitik eingenommen“ hat. Sie will sich deshalb künftig verstärken mit dieser „antidemokratischen“ Partei auseinandersetzen, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler in einem Interview der Deutschen Presse-Agentur anlässlich eines Besuchs der dpa-Zentrale in Hamburg.

Die Grünen beherrschen inzwischen die politischen Ziele der Opposition im Bundestag“, betonte der Generalsekretär. „Nicht die Grünen befinden sich im Fahrwasser der SPD, sondern umgekehrt die Sozialdemokraten befinden sich im Schlepptau der Grünen.“

Für die CDU sei die Schonfrist der politischen Auseinandersetzung mit den Grünen abgelaufen. Geißler sagte wörtlich: „Die Grünen sind eine antiparlamentarische Partei von ihrem Selbstverständnis her und damit letztendlich vom Selbstverständnis unserer Verfassung her auch eine antidemokratische Partei.“ Sie hätten in ihrer Zielsetzung die Absicht, die wirtschafts-, gesellschafts- und sozialpolitische Ordnung auf der Basis der sozialen Marktwirtschaft total zu verändern. Als Beweis führte Geißler die Absprachen an, die die Grünen der SPD in Hessen „aufgezwungen haben“.

Auf die Frage, ob er die Grünen unterschätzt habe, antwortete Geißler: „Wir haben die SPD überschätzt.“ Die CDU habe die Auseinandersetzung mit den Grünen

deswegen inhaltlich lange Zeit nicht geführt, weil viele der Auffassung gewesen seien, die Grünen würden zerfallen oder wieder zur SPD zurückfinden. „Dies ist nicht der Fall.“

Der Generalsekretär kündigte an, die Union werde sich in den kommenden Wahlkämpfen mit dieser Partei auseinandersetzen, die „eine arbeitnehmerfeindliche Politik betreibt, deren Politik letztendlich zur Vernichtung von Arbeitsplätzen führt und die im übrigen außenpolitisch die Bundesrepublik in ein Niemandsland führen würde, in dem diese in eine politische Abhängigkeit zur Sowjetunion geraten würde“.

CDU warnt vor rotgrüner Ehe“ in Berlin

Nach Ansicht des Berliner CDU-Generalsekretärs Straßmeir droht in Berlin nach der Wahl im kommenden März ein rot-grünes Regierungsbündnis, wenn SPD und AL eine Mehrheit erhalten sollten. Straßmeir sagte zum Auftakt des offiziellen Wahlkampfes seiner Partei: „Da kann der SPD-Spitzenkandidat Hans Apel andere Intentionen haben, wie er will. Die wirklichen Verhältnisse in seiner Partei werden ihm keine Chance zur Verwirklichung geben.“

Der CDU-Politiker verwies auf Äußerungen des SPD-Vorsitzenden Brandt vor Journalisten in Bonn. Brandt habe dort im Beisein des Fraktionschefs Vogel Koalitionen mit den Grünen nach den in Frühjahr 1985 in Berlin, im Saarland und in Nord-

rhein-Westfalen anstehenden Landtagswahlen in Erwägung gezogen.

Der CDU-Vorsitzende im Abgeordnetenhaus, Buwitt, sagte, Brandt habe die „krampfhaft-markigen Worte“ Apels als „Doppelstrategie“ der SPD entlarvt. Ehevermittler Brandt möge die angestrebte Liaison als Liebesheirat anpreisen, die SPD sie als Vernunftsehe abtun. „Nach der Hochzeitsnacht würde für die Bürger, die sich dieses Traumpaar gewählt haben, in jedem Fall das böse Erwachen kommen.“

Straßmeir kündigte an, daß es Ziel der CDU im kommenden Wahlkampf sein werde, „bestimmende politische Kraft“ in Berlin zu bleiben und dafür zu sorgen, daß Eberhard Diepgen und seine Regierungsmannschaft weiter arbeiten könnten. Diepgen, „der aus Berlin kommt, der Berlin kennt und in Berlin seine Heimat hat“, werde dabei eine zentrale Rolle spielen.

Er räumte ein, daß sich die FDP „zur Zeit nicht in Höchstform“ präsentiere. Die CDU wolle mit den Liberalen nicht einen „Gemeinschaftswahlkampf“ führen. Jeder Koalitionspartner müsse schon um seine Wähler selbst werben.

Gegenüber der Opposition werde die CDU vor den Wahlen „keine aggressive Negativkampagne“ führen, sondern die Bilanz der eigenen Leistungen darstellen. Die CDU könne, so sagte Straßmeir, mit Stolz darauf verweisen, daß sich das Klima in Berlin seit 1981 wesentlich gebessert habe. „Berlin ist wieder da“, betonte er. Die Wirtschaft atme freier, dem Recht werde wieder Geltung verschafft, das soziale Netz sei gesichert, das Stadtbild verschönert worden. Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, beim Familiengeld und bei der Lösung des Hausbesetzerproblems sei Berlin vom Schlußlicht zum Vorreiter geworden.

Appell der Bundestagsfraktion zur Schaffung neuer Lehrstellen

Der bildungs- und wissenschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Klaus Daweke, erklärt: Die Zahl der Jugendlichen, die in diesem Jahr eine Lehrstelle suchen, wird voraussichtlich die Obergrenze der Schätzung von rund 735 000 erreichen.

Wir rufen deshalb die Wirtschaft, insbesondere die Groß- und Mittelbetriebe, die noch Ausbildungsreserven haben, die Verbände der Wirtschaft, die Gewerkschaften und Staat und Gemeinden auf, im Interesse der Jugend noch einmal alle Kraftanstrengungen zu unternehmen, mehr Lehrstellen zu schaffen. Wir rufen SPD und DGB auf, endlich ihre Verunsicherung der Jugend durch Horrorzahlen und Panikmache einzustellen und sich diesen Anstrengungen anzuschließen.

Wo bleibt das Beispiel der IG Metall?

Zur Kritik der IG Metall an den Bemühungen der Bundesregierung, die Ausbildungssituation zu verbessern, erklärt der Sprecher der CDU, Wolter v. Tiesenhausen: Die IG Metall macht den Fehler, ein Urteil über die Politik der Bundesregierung zu fällen, obwohl die tatsächliche Entwicklung bei den Ausbildungsplätzen noch gar nicht abzusehen ist. Gegenüber der Panikmache der IG Metall gibt es begründete Hoffnungen, daß in diesem Jahr bis zu 730 000 Lehrstellen angeboten werden, so daß fast alle Schulabgänger einen Ausbildungsplatz erhalten können. Zu diesem Rekord tragen Industrie, Handel, Handwerk und die Selbständigen in einer bewundernswerten Kraftanstrengung bei. Leider hat sich die IG Metall selber an diesen Bemühungen nicht beteiligt, obwohl in der Gewerkschaftszentrale durchaus die Möglichkeit besteht, Bürogehilfinnen auszubilden.

■ NRW-WAHLKAMPF

Stoltenberg: NRW ein Paradebeispiel für sozialdemokratische Mißwirtschaft

Bundesfinanzminister Stoltenberg hat die IG Metall und die IG Druck dafür verantwortlich gemacht, daß die Arbeitsmarktlage durch die zurückliegenden harten Streiks für die 35-Stunden-Woche nicht so schnell verbessert werden könne, wie Wirtschaft und Bundesregierung es sich wünschten.

Andererseits, so Stoltenberg in Essen auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Wirtschaftsvereinigung der CDU Rheinland und des Wirtschaftsausschusses der CDU Westfalen-Lippe, sei anzuerkennen, daß eine Reihe von Einzelgewerkschaften im vergangenen Tarifstreit verantwortungsbewußt am Zustandekommen vertretbarer Abschluß-Kompromisse mitgewirkt hätten. „Es geht also ein tiefer Riß durch die deutschen Gewerkschaften“, sagte Stoltenberg vor rund 1000 Zuhörern im Essener Saalbau.

Für den laufenden Wahlkampf zur Kommunalwahl am 30. September und zur Landtagswahl am 12. Mai 1985 versprach Stoltenberg der seit 1966 in Nordrhein-Westfalen oppositionellen CDU die größtmögliche Unterstützung der Bundesregierung und der Parteispitze in Bonn. Konkret sagte der Minister zur Lage im volkreichsten Bundesland: „Nach 18 Jahren SPD-Führung kann Nordrhein-Westfalen heute geradezu als ein Paradebeispiel für die Fehlleistungen sozialdemokratischer Politik gelten.“

Im selben Sinne äußerte sich der Oppositionsführer und CDU-Spitzenkandidat für

die Landtagswahl 1985, Bernhard Worms. Das von der SPD heruntergewirtschaftete Land müsse versuchen, seine Probleme hauptsächlich aus eigener Kraft zu lösen. Dazu gehöre es zuallererst, in Nordrhein-Westfalen ein Bündnis zwischen SPD und Grünen zu unterbinden.

● „Es darf in Nordrhein-Westfalen keine Koalition zwischen Versagern und Verweigerern geben“, stellte Worms unter starkem Beifall fest.

Grüne wollen Kernkraft abschalten: Was sagt Rau dazu?

Die Fraktion „Die Grünen“ im Deutschen Bundestag fordert den Ausstieg unseres Landes aus der Atomenergie binnen sechs Monaten. Sie hat jetzt einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hansheinz Hauser (Krefeld), MdB, und der Landesvorsitzende der CDU Rheinland, Bernhard Worms, MdL, erklären in einem Brief an Ministerpräsident Rau u. a.:

Die Verwirklichung dieses Vorschlags hätte katastrophale Folgen für die deutsche Volkswirtschaft und insbesondere für das Ruhrgebiet, das bereits große Umstrukturierungsschwierigkeiten zu bewältigen hat. Träten zu diesen Schwierigkeiten noch die aberwitzigen Pläne der Grünen hinzu, bliebe kaum ein Arbeitsplatz in Nordrhein-Westfalen von den Auswirkungen eines Ausstiegs aus der Atomenergie verschont. Die unmittelbaren und länger-

fristigen Konsequenzen wären verheerend. Darüber könnten auch keine Milchmädchenrechnungen über neue Arbeitsplätze durch alternative Energien hinwegtäuschen. Dieser Weg würde uns gegenüber unseren Wettbewerbern auf den Weltmärkten auf einen der letzten Plätze zurückwerfen. Was das für die Bundesrepublik als drittstärkste Handelsnation der Welt bedeutet, kann sich jeder vorstellen. Die Atomenergie ist die sauberste und umweltfreundlichste Energiequelle, die es gegenwärtig gibt, und sie wird technisch beherrscht.

Wörtlich heißt es in dem Brief an Rau: „Uns ist bekannt, daß es auch in Ihrer Partei und bei den Gewerkschaften Stimmen gibt, die genauso beunruhigt sind. Es besteht also aller Anlaß zur Besorgnis. Leider gibt bisher keine klare Absage Ihrer Regierung zu dieser Forderung.

Wir bitten sie daher um eine eindeutige Stellungnahme gegenüber diesen Plänen. Hierauf haben die Bürger unseres Landes einen Anspruch.“

Worms und Möllemann wollen „rotgrünes Bündnis“ verhindern

Der CDU-Oppositionschef im nordrhein-westfälischen Landtag und Spitzenkandidat seiner Partei für die Landtagswahl 1985, Bernhard Worms, und der Landesvorsitzende der seit 1980 nicht mehr im Landtag vertretenen FDP, Jürgen Möllemann, haben es zu ihrem gemeinsamen Ziel erklärt, in Nordrhein-Westfalen ein „rotgrünes Bündnis“ von SPD und Grünen zu verhindern. Möllemann betonte nach einem Gespräch mit Worms in Düsseldorf, beide Seiten seien sich auch einig darin gewesen, daß Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) „keine Chance“ habe, bei der Landtagswahl wieder die absolute Mehrheit zu erringen. Daher sei es „zentrales Ziel des konservativ-liberalen Lagers“, ei-

ne „rotgrüne“ Mehrheit auszuschließen. Dazu würden CDU und FDP ihre ganze Kraft aufbringen. Möllemann betonte weiter, während seiner einwöchigen Informationsfahrt durch das Ruhrgebiet habe er bei Wirtschaft und Handwerk eine „große Verunsicherung wegen der Möglichkeit eines rotgrünen Bündnisses“ registriert. Es sei sogar von „Abwanderung“ und von „vorsichtiger Zurückhaltung bei Investitionen“ die Rede gewesen.

Für 700 000 Tonnen Milchrente bewilligt

Für die sogenannte Milchrente sind bisher Anträge auf 780 000 Tonnen gestellt und davon für 700 000 Tonnen bewilligt worden. Die Milchrente wird von der Bundesregierung gezahlt, um die den Landwirten durch den Abbau der Milcherzeugung entstandenen Einbußen auszugleichen. Wie das Bundesernährungsministerium mitteilte, dürften im Durchschnitt im Norden und Süden etwa die gleichen prozentualen Milchmengen, gemessen an der gesamten Produktionsmenge, abgebaut werden. Nur in Bayern liegt der Prozentsatz bisher unter dem Bundesdurchschnitt. Am relativ stärksten wird die Milchrente in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz genutzt.

Die Anmeldefrist für die Milchrente läuft am 30. September ab. Insgesamt sollen nach Angaben des Ministeriums in der Bundesrepublik über die Milchrente eine Million Tonnen Milch freigesetzt werden.

Schutzräume für nur 3 Prozent

Für die rund 61 Millionen Bürger der Bundesrepublik Deutschland stehen nur 2 184 295 Schutzraumplätze zur Verfügung. Dies entspricht einem Satz von lediglich 3,55 Prozent. Die Deutsche Schutzbau-Gemeinschaft teilte mit, sie werde an die Bundestagsabgeordneten appellieren, die Schutzraumbaupflicht wieder einzuführen.

■ DEUTSCHLANDPOLITIK

Gründe für Honeckers Absage sind nicht akzeptabel

Zur Absage des Honecker-Besuchs Ende September erklärt der Staatsminister beim Bundeskanzler, Philipp Jenninger: Die Bundesregierung hat die Entscheidung der DDR zur Kenntnis genommen. Sie bedauert diese Entscheidung. Sie bedauert, daß der gewünschte Meinusaustausch, wie er für diesen Herbst auch mit einer Reihe führender Politiker anderer Staaten des Warschauer Pakts vorgesehen ist, nicht stattfindet.

Die Bundesregierung kann die Begründung der DDR, daß der Besuch verschoben werden soll, weil es in der Bundesrepublik Deutschland eine öffentliche Diskussion über den Besuch gegeben habe, nicht akzeptieren. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Land, in dem jeder frei seine Meinung äußern kann.

Die Bundesregierung hat in den letzten Tagen bei verschiedenen Anlässen wiederholt darauf hingewiesen, daß Herr Honecker in der Bundesrepublik Deutschland willkommen ist und daß wir bereit sind, über alle Themen zu sprechen und bei dem Besuch nichts auszuklammern. Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Einladung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Generalsekretär Honecker, zu einem Arbeitstreffen, die von seinem Amtsvorgänger im Dezember 1981 am Werbellinsee ausgesprochen wurde, übernommen und wiederholt bekräftigt. Das von seitens der Bundesregierung vorgeschlagene Besuchsprogramm umfaßte im übrigen alle Elemente eines offiziellen Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland

einschließlich eines Empfangs durch den Herrn Bundespräsidenten. Auch waren die Vorbereitungen des Besuchs so weit gediehen, daß der von der DDR vorgeschlagene und von uns akzeptierte Besuchstermin durchaus als realistisch angesehen werden konnte und der Besuch auf dieser Grundlage reibungslos hätte durchgeführt werden können.

Die Gespräche über ein gemeinsames Kommuniqué haben darüber hinaus gezeigt, daß es keine unüberwindlichen sachlichen Schwierigkeiten gab und eine Reihe wesentlicher gemeinsamer Aussagen möglich gewesen wäre.

Die Bundesregierung erwartet, daß die Entscheidung der DDR die weitere Fortentwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland nicht belastet und daß der von beiden Seiten gewünschte Dialog und die Zusammenarbeit im Interesse des Friedens in Europa und der Menschen im geteilten Deutschland weitergehen.

Dazu schreibt die Rheinische Post:

Nun kommt er also nicht — vorerst jedenfalls. Die zweite Absage eines Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik binnen 17 Monaten zeigt nachdrücklich, wie schwer es die Deutschen hüben und drüben miteinander haben. Das bedeutet gar nicht einmal, daß sie es sich selbst so schwer machen. Denn wenn es nach dem DDR-Staatsratsvorsitzenden gegangen wäre, dann wäre er gewiß am 26. September gekommen. Aber der „Arbeitsbesuch“ paßte ganz offenbar einer zutiefst verunsicherten Kreml-Führung nicht ins Konzept. Diesem Druck konnte und wollte sich Honecker letztlich nicht widersetzen.

Zur Sache:

Eine „1“ vor dem Komma – Note „1“ für die Bundesregierung

Die solide Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Helmut Kohl zahlt sich aus. Wir sind Weltmeister in Stabilität. Im August sind die Preise nur noch um 1,7 Prozent gestiegen. Das gab es seit Ludwig Erhards Zeiten nicht mehr. Zum Vergleich: Noch vor zwei Jahren, unter SPD-Regierung, stiegen die Preise um 5,3 Prozent.

X Stabile Preise: Das ist so gut wie eine saftige Lohnerhöhung!

Löhne und Gehälter werden nicht mehr durch die Inflation aufgezehrt. Die Kosten für die Lebenshaltung bleiben stabil. Das merkt die Hausfrau beim Einkaufen. Das merken vor allem auch Rentner, Studenten und Arbeitnehmer.

**Diese Politik
zahlt sich für alle Bürger aus.**

CDU

**/// sicher
sozial
und frei**

Zur Sache:

Regierung Helmut Kohl:

Politik für eine gesunde Umwelt

Nicht Reden – Handeln schützt die Umwelt. Die SPD hat jahrelang über den Umweltschutz nur geredet: Heute sterben unsere Wälder. Die Regierung Helmut Kohl hat entschlossen und konsequent gehandelt. Diese Politik zahlt sich aus: Luft und Wasser werden wieder sauber.

✕ Durch die drastische Verschärfung der Vorschriften zur Reinhaltung der Luft haben wir jährlich 1,6 Millionen Tonnen weniger Schwefeldioxid in der Luft.

✕ Ab 1986 wird bleifreies Benzin eingeführt. Die Schadstoffe in den Autoabgasen werden massiv verringert: um 90 Prozent.

✕ Das neue Bodenschutzprogramm der Regierung Helmut Kohl sieht wirksame Maßnahmen vor: zum Schutz des Bodens und der Landwirtschaft; für gesunde Nahrungsmittel.

✕ Die grenzübergreifende Zusammenarbeit zum Schutz der Umwelt wird grundlegend verbessert. Jeder weiß: Luft und Wasser machen nicht an Grenzen halt.

Das hat die Regierung Helmut Kohl erreicht: 18 europäische Nachbarstaaten verringern die grenzüberschreitende Luftverschmutzung um 30 Prozent. Die DDR und die Bundesrepublik Deutschland arbeiten bei der Reinhaltung der grenzüberschreitenden Gewässer zusammen.

✕ 70 Millionen Mark hat die Regierung Helmut Kohl zur Erforschung der Ursachen des Waldsterbens zur Verfügung gestellt: So kann in Zukunft der Wald noch wirkungsvoller geschützt werden.

**Die Regierung Helmut Kohl handelt:
Für eine gesunde Umwelt.**

CDU

**/// sicher
sozial
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Grüner mit Ministerhut

Der saarländische SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine, der Linksaußen seiner Partei, redet nicht lange wie sein hessischer Parteifreund Börner um den heißen Brei herum, um sich schließlich doch von den Grünen erpressen zu lassen. Er macht ihnen von vornherein ein Koalitionsangebot. Falls er am 10. Mai 1985 der Sieger der Landtagswahl an der Saar wird, sollen sie in seine Regierung aufgenommen werden und richtig schön regieren lernen.

Für das Amt des Umweltministers hat Lafontaine einen Obergrünen, der nebenbei noch SPD-Mitglied ist, ausersehen: den 36jährigen Jo Leinen, Vorsitzender des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), der wegen seiner Friedensdemonstrationen verschiedentlich mit der Justiz in Konflikt geriet, für den NATO-Gegner und Schmidt-Beschimpfer Lafontaine aber durchaus ministrabel ist. Dies wird noch einigen Ärger geben, denn die Partei der Grünen will sich das Erstgeburtsrecht im Umweltschutz nicht streitig

machen lassen und giftet den gleichfalls Grünen Leinen gehörig an. Nach ihrer Meinung drängt er sich nach dem Ministersessel, weil es ihm nicht um die Rettung des Saarlandes geht, sondern um seine eigene, da der BBU in finanziellen Nöten steckt.

Für die 25000 Beschäftigten der Saarbergwerke und der Saarstahl AG, der Bund und Land mit drei Milliarden Mark aus der Patsche helfen, ist dieser Zwist im grünen Nest nur ein beiläufiger Spaß. Ernster ist, daß der designierte Umweltminister und Lafontaine-Wahlhelfer Leinen auch den Ausstieg aus Kern- und Kohlekraftwerken fordert und als neue Energiequellen Sonne, Wind und Wärmepumpen empfiehlt. Allen Ernstes behauptet Leinen, dadurch können 400000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Es ist schwer, sich das Industrieland an der Saar als grüne Oase vorzustellen, in der Bergleute und Stahlwerker sich ihr Brot mit Rasenmähen und Landschaftsschutz verdienen. Selbst vorstandenen Sozialdemokraten graust vor den Industriestürmern, aber Lafontaine hat den Segen Willy Brandts für diese Koalition, die aus dem Saarland ein ökologisches Experimentierfeld machen will.

Abendpost/Nachtausgabe, 4. 9. 1984

U+D

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43-1.
Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.